

Was ist eigentlich noch evangelisch an der Evangelischen Kirche in Deutschland?

Autor(en): **Veerkamp, Ton**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **103 (2009)**

Heft 1

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-390019>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Haltung zum Ausdruck in einer ersten Replik von Heinrich Bedford-Strohm, Theologieprofessor in Bamberg (Publik-Forum 21/2008): «Die Unternehmensdenkschrift versucht – im Einzelnen natürlich angreifbar – Hilfestellung in der ethischen Reflexion unternehmerischen Handelns zu geben, nicht weniger und nicht mehr.» Aber, so möchte man zurückfragen, wieso denn eigentlich nicht mehr? Denn gerade in dieser «tugendhaften» Bescheidenheit liegt der Skandal der Schrift. Dass sie nicht mehr will, als es den UnternehmerInnen wieder selber zu überlassen, ob und wie viel sie ethisch reflektieren und ob und wie viel sie davon ins Handeln übernehmen, und dass diese Schrift überhaupt wieder glaubt, dass die Gesetze der kapitalistischen Ökonomie sich mit der Ethik der Einzelpersonen verändern liessen. Sie fällt damit hinter Marx zurück und direkt in die Arme der gegenwärtigen Krisenbewältigungsdoktrin.

Sowohl biblischer als auch marxistischer als Bedford-Strohm sieht es Kuno Füssel in seinem Beitrag «Das Ende der prophetischen Kritik. Zum Umgang mit der Bibel» in der Schrift der EKD über unternehmerisches Handeln: «Es gibt zwei Welten. Gemeint sind nicht Diesseits und Jenseits, sondern die Welt des Kapitalismus und seiner Plausibilitäten und die Welt ihrer Bestreitung. Von diesem fundamentalen Gegensatz merkt man in der gesamten Denkschrift nur wenig, denn über den Kapitalismus wurde vorab der barmherzige Mantel der sozialen Marktwirtschaft gebreitet. Reichtum erscheint als Wohlstand, an dem alle beteiligt werden sollen. Der Klassenantagonismus und der daraus resultierende Klassenkampf, der zuerst immer ein Klassenkampf von oben ist, verschwindet hinter ethischen Appellen und der erklärten Absicht, zur Unternehmerschaft ein gutes Verhältnis zu etablieren. Dieses dominante Harmoniebedürfnis zieht den biblischen Texten ihren ökonomiekritischen Stachel.» ●

Ton Veerkamp

Was ist eigentlich noch evangelisch an der Evangelischen Kirche in Deutschland?

• Die Denkschrift «Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive» sieht die Gesellschaftsform in der Bundesrepublik als soziale Marktwirtschaft. Diese sei aus zwei Elementen aufgebaut; erstens dem ordoliberalen Ansatz, in dem der Markt und seine Gesetzmäßigkeiten entscheidende Parameter sind, und zweitens aus einer umverteilenden Sozialpolitik. Sie sei eine genuine Schöpfung der jungen Bundesrepublik Deutschland mit ihrem «Wirtschaftswunder» und könne der gesamten Welt als Modell angedient werden: «In dieser Form ist die Soziale Marktwirtschaft zum Markenzeichen für das Bild Deutschlands in aller Welt geworden... Damit kann sich das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als Modell für die Stärkung der sozialen Dimension der Globalisierung entpuppen» (Die in Klammern stehenden Ziffern im Text verweisen auf die Seiten der Denkschrift »Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive« 53, 57). Es ist vom «deutschen Modell» die Rede, das «alle Stakeholder – also alle Anspruchsgruppen, darunter insbesondere auch die Arbeitnehmer – in der Unternehmenspolitik systematisch berücksichtigen» will, anders als ein Shareholder-Kapitalismus, der vor allem auf die Interessen der Aktionäre ausgerichtet sei (55). Dies ist eine in manchen Kreisen gern geglaubte Geschichtslegende. Tatsächlich wissen wir, dass die Rücksichtnahme auf die Arbeitnehmer in unseren Gesellschaften während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erzwungen und erkämpft wurde. Das, was in der Bundesrepublik Deutschland soziale Marktwirtschaft genannt wurde, war eine Gesellschaftsform, die nach dem Zweiten Weltkrieg überall in Nordamerika, in Nord-, West- und Zentraleuropa herrschte und sich etwas später auch in Japan und Südeuropa durchsetzte. Sie war eine allgemeine Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre, auf das Entstehen einer bipolaren Machtkonstellation, in der zwei Gesellschaftsformen einander dia-

metral gegenüberstanden, und auf die Tatsache, dass die Arbeiterbewegung zu stark geworden war, um sie ohne die Errichtung einer Diktatur als politischen Faktor ausschalten zu können. Der verlorene Krieg und die starke Einflussnahme der Siegermächte auf die inneren Strukturen der Bundesrepublik hat ihr die soziale Marktwirtschaft aufgezwungen. Anders gesagt: Ein wesentlicher Faktor im Modell der sozialen Marktwirtschaft war überall die soziale und politische Kraft der Arbeiterbewegung, die ein gesellschaftliches Gleichgewicht erzwingen konnte. Somit entstanden in

«Gerade jetzt, wo die Krisen und das Desaster dieser neoliberalen Wirtschaftsordnung immer offenkundiger werden und der Widerstand wächst, gibt sich die Denkschrift dafür her, der schwindenden Legitimation aufzuhelfen. Nach allem, was der evangelischen Kirche in den Dreissigerjahren des 20. Jahrhunderts widerfahren ist, sehen wir uns heute dringend herausgefordert, zur Tradition der Theologie der Bekennenden Kirche zurückzukehren und eine neue Bekenntnisbewegung in Gang zu setzen.»

(Aus dem Memorandum von Ulrich Duchrow)

Europa Gesellschaften mit verhältnismäßig geringem sozialen Stress (geringe Arbeitslosigkeit, keine Unterschicht, relativ niedrige Kriminalitätsrate). Typisch deutsch war dies alles nicht. Die breite deutsche Brust, die die Verfasserinnen und Verfasser der Denkschrift recht prahlerisch zeigen, ist fehl am Platze. Und es ist erst recht nicht die Aufgabe des Rates der EKD, die Geschichtsliegenden der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zu kolportieren.

Die auf Konsens beruhende Gesellschaftsstruktur in unseren Ländern ist seit mehr als einem Vierteljahrhundert verloren gegangen. Wir haben seit dem Durchbruch neoliberaler Regulierung kein Konsensmodell mehr, sondern eine Kommandowirtschaft, in der sich die Arbeitgeberseite mit allen Mitteln, nicht selten mit nackter Erpressung, gegen die Beschäftigten durchsetzt. Die Politik hat sich darauf verstanden, das Kommando

der Kapitalseite gesetzlich zu verankern. Letzteres firmiert unter dem Stichwort «Reformpolitik». Der dramatische Anstieg der Arbeitsproduktivität durch den Einsatz neuer Technologie seit den 1980er-Jahren setzte sich nicht in einen Anstieg, sondern in einen relativen Rückgang der Masseneinkommen um. Es gibt immer mehr Menschen mit überdurchschnittlichen, aber noch mehr Menschen mit unterdurchschnittlichen Einkommen. Wir beobachten eine Erosion der Mittelgruppen, wir beobachten die Entstehung einer Unterschicht, und wir beobachten eine Oberschicht, die dazu neigt, sich jeglicher Verantwortung für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu entziehen.

Theoretische Nichtbeachtung sozialer Exklusion

Das Problem ist systemischer und universeller Natur. In allen Gesellschaften des Nordens konnten wir die gleichen Erscheinungen beobachten: Verslumung vieler Stadtviertel, Bildung jener «entmutigten und deprimierten Unterschicht» mit ihren Folgen: zunehmender Verwahrlosung, steigender Kriminalität und steigender Häftlingszahlen – vor allem bei jungen Männern. Die Idyllen der Denkschrift, ehrbarer Kaufmann, fairer Wettbewerb, Corporate Social Responsibility, zeigen, dass die Verfasserinnen und Verfasser der Denkschrift zwar auf der Insel seliger Neoliberaler, aber nicht in der Realität der Menschen leben, die in der ganzen Welt die Folgen einer nur den Gesetzen kapitalistischer Wirtschaftslogik folgenden Globalisierung ausbaden müssen, in Mumbai, aber auch – sei es in völlig anderen, dennoch strukturähnlichen Dimensionen – in Berlin-Neukölln, Amsterdam-West, Paris-Malakoff usw. In beiden Fällen haben wir soziale Exklusion; in immer mehr Vierteln gibt es immer mehr Menschen, für die Wirtschaft und Gesellschaft keine Verwendung mehr haben. Das neoliberal deformierte

Denken der Marxisten nannte solche Menschen Lumpenproletariat. Sie kamen als theoriebildendes Element und als Adressaten für sozialistische Politik nicht vor. Für soziale Exklusion gibt es in der Wirtschaftstheorie des Neoliberalismus ebenfalls keinen Platz. An ihrer Situation sind die Menschen selber schuld. Wenn junge Nichtdeutsche in Berlin keinen Schulabschluss mehr vorweisen können, sollen sie nach dem Beschluss des Innensenators Körting ausgewiesen werden. So entlastet man Slums von ihren Bewohnern! Anhänger der Neuen Sozialen Marktwirtschaft sehen nur «Einzelne»; in ihren Gehirnen gibt es das Soziale nicht, es gibt nur die Summe der Individuen. Einige ethische Unternehmer mehr, und die Welt sei besser. Das Ganze, die Gesellschaft, ist mehr als die Summe der Individuen. Ist die Gesellschaft einmal gekippt und hat sich eine breite «entmutigte, eine deprimierte Unterschicht» gebildet, kann der einzelne Unternehmer daran nichts mehr ändern – so untadelig, fürsorglich und «ehrbar» er sein Unternehmen auch führt, so verzweifelt sich auch Stadtparlamente mit ihren «Quartiermanagements» gegen den Verfall ganzer Stadtviertel zu wehren versuchen. In den USA ist es trotz größerer Anstrengungen in den 1960er-Jahren (War against Poverty, Great Society) nicht gelungen, die Unterschichten zu integrieren und die Situation in den Slums zu verbessern. Der Riot Summer 1967, Aufstände in 23 großen Städten mit über hundert Toten, markierte das Ende dieser Anstrengungen. Die Aufstände in den französischen Städten im November 2005 zeigen, wie sich die Zustände in der Europäischen Union «amerikanisiert» haben. Die Vorschläge des Kongressausschusses, den Präsident L. B. Johnson zur Untersuchung der Ursachen der Aufstände 1967 einsetzte, unterschieden sich nicht im Geringsten von den Vorschlägen, die eine französische Regierungskommission Anfang 2006 dem Parlament vorlegte.

Wir wissen seit mehr als vierzig Jahren, was zu tun ist. Die EKD geht in ihren Denkschriften mit keinem Wort auf die Universalität des Problems der sozialen Exklusion ein.

Der Rat der EKD will nun mit dieser Denkschrift die Neue Soziale Marktwirtschaft als «unvermeidlich» darstellen. Unvermeidlich sei die Lebensform, die sie unter dem Stichwort «Flexicurity» anpreist. In Zukunft solle «zur Bewältigung der wirtschaftlichen Prozesse sowohl von Unternehmen als auch von abhängig Beschäftigten eine immer größere Flexibilität erwartet» werden «und damit die Risiken für einen jeden steigen, im Laufe seines Lebens ohne eigenes Versagen aufgrund sich ändernder Anpassungsnotwendigkeiten wiederholt arbeitslos zu werden oder den Arbeitsplatz wechseln zu müssen» (120).

Als Trost wird «ausreichende Grundversicherung» in Aussicht gestellt (Hartz IV). Die Kirche, die sich gerne zur Anwältin des ungeborenen Lebens und der Familie macht, verordnet mit ihrer Denkschrift den Menschen Flexicurity: ihnen ein Vagabundenleben und ihren Kindern Verwahrlosung. Die Denkschrift ist nicht nur unseriös, sondern auch verlogen. Die leitenden Persönlichkeiten und Gremien der EKD haben sich dem Geist der Zeit – oder besser: dem «Gott dieser Welt» (2 Kor. 4, 4) – unterworfen, der Ideologie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Diese Ideologie ist sehr erfolgreich. Sie konnte sich in den leitenden Gremien der EKD und unter vielen hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern breit machen, weil es ihnen an einer wahrhaft evangelischen Theologie fehlt.

Wort Gottes als Kritik der Weltordnung

Die Aufgabe einer evangelischen Kirche ist es, das Wort Gottes für die Menschen zu verkündigen und verständlich zu machen in einer Weltordnung, in der sie leben müssen. Die real existierende

Ulrich Duchrow, Franz Segbers: Frieden mit dem Kapital? Wider die Anpassung der evangelischen Kirche an die Macht der Wirtschaft, Publik-Forum Verlagsgesellschaft, Oberursel 2008.

Weltordnung ist der Raum, in dem das Wort gehört werden soll, und so bestimmt sie zwar die Art, in der wir reden müssen, aber nicht den Inhalt unserer Rede: *aliter non aliud*. Die Weltordnung ist zwar der Ort, aber nicht der Maßstab. Im großen Gebet des Messias Israels sagt Jesus: «Sie (die Schüler) sind in der Weltordnung (...) Ich frage nicht, dass Du sie wegnimmst aus der Weltordnung, sondern dass Du sie bewahrst vor dem Übel. Aus der Weltordnung aber sind sie nicht, so wie ich nicht aus der Weltordnung bin» (Joh. 17, 11; 15 f.). Für Johannes war das Römische Reich die Weltordnung. Die Gemeinde muss sich darüber klar sein, dass sie in der real existierenden Weltordnung lebt, sie muss aber nicht weniger deutlich wissen, dass sie sich nicht von der (römischen) Weltordnung, nicht von ihren angeblichen Gesetzmäßigkeiten her verstehen darf. Deswegen darf sie niemals sagen, dass es zur real herrschenden Weltordnung keine Alternative gibt. Dann würde die Gemeinde nicht nur unter den Verhältnissen der Weltordnung leben, sondern auch von ihnen her und sie so zum alles entscheidenden Kriterium machen. Weltkritik ist die wesentliche Aufgabe für eine Kirche, die sich evangelisch nennt und ihren Weg in den Fußspuren der Propheten und Apostel gehen will. Genau diese vom Evangelium geforderte Kritik der Welt lässt sich in dieser und vielen anderen Denkschriften der EKD kaum noch wiederfinden. Man kann nicht einmal eine gewisse Distanz gegenüber der herrschenden öffentlichen Ordnung entdecken; allenfalls Detailkritik lässt sich stellenweise auffinden. Der niederländische Missionstheologe J. C. Hoekendijk hatte vor mehr als vierzig Jahren gefragt: «Ist es möglich, dass unsere Kirchen zu Häusern in Ägypten geworden sind?» Die Evangelische Kirche in Deutschland kann heute, soweit sie sich in ihren offiziellen Verlautbarungen zu erkennen gibt, nicht anders als «Haus in Ägypten» genannt

werden. Weltkritik ist der Anfang jenes Exodus, zu dem das Wort die Kirche aufrufen muss; sie muss daher ihre Aufenthaltsberechtigung in «Ägypten» aufgeben. Das ist das negative Moment des Wortes Gottes.

Wir sprechen den Namen Gottes nicht aus, wir sprechen nur dem Satz nach, mit dem Gott sich selbst zu erkennen gibt: «Ich bin es, der NAME, dein Gott, der ich dich aus dem Land Ägypten hinausführte, aus dem Haus des Sklaventums» (Ex. 20, 2). Das ist das positive Moment des Wortes Gottes: Dieser Gott wollte ein Volk, in dem niemand Herr ist und niemand Sklave: «Nach dem Handeln des Landes Ägypten, wo ihr einmal wohntet, handelt nicht, nach dem Handeln des Landes Kanaan, wohin ich euch gebracht habe, handelt nicht» (Lev. 18, 3). Israel sollte in seiner gesellschaftlichen Verfasstheit, in seinem gesellschaftlichen Handeln, nicht wie seine Umwelt sein, nicht wie seine Vergangenheit (Ägypten) und nicht wie seine Gegenwart (Kanaan). Diese Differenz zwischen Israel und den Völkern fasste es in den Zehn Worten («Zehn Geboten») zusammen. Bis auf ein «Gebot» – das «Ehren der Väter und Mütter» – haben wir nur Verbote. Die Zehn Worte sagen uns nicht, wie wir leben müssen, sondern sie sagen uns, wie wir auf alle Fälle nicht leben dürfen. Sie lassen uns die Freiheit, unsere Probleme so zu lösen, wie es uns am besten erscheint, unter der Bedingung, dass sich bei uns niemals «ägyptische» Verhältnisse einschleichen, niemals Verhältnisse wie im Sklavenhaus, niemals «kanaanitische» Verhältnisse, Verhältnisse des Großgrundbesitzes, wo der Baal, der «Besitzer», Gott ist (1 Kön. 18, 21; 21, 1–16). Das erste Gebot richtet sich gegen Ägypten und gegen Kanaan, gegen ihre Gesellschaftsordnungen, ihre «Götter»; es schließt kategorisch und kompromisslos alle Götter aus, die nicht befreien (Jer. 11, 12). Der Wille Gottes ist eine Gesellschaft von befreiten Sklaven, der

die Akkumulation der Grundressource Haus in den Händen weniger Mitglieder der Gesellschaft kategorisch untersagt ist: «Begehre nicht das Haus deines Genossen» (Ex. 20, 12, dazu Jes. 5, 8). Denn wo die wenigen viel haben, sind die vielen Sklaven der wenigen.

Die Zehn Worte, ja die ganze Tora, lassen sich zusammenfassen in den zwei Verboten: im Verbot des Sklaventums und dem Verbot der Akkumulation, und diese zwei wiederum im ersten Gebot, dem «theologischen Axiom» schlechthin (K. Barth).

Die ganze Heilige Schrift, ist für die Kirche der einzige Massstab ihres Redens. Daher stammt ihr und unser Unfriede mit der Welt und ihrer Ordnung. Wenn diese Weltordnung der Versklavung durch Elend und Armut Ägypten ist, diejenige der Anhäufung des Reichtums dieser Welt in den Händen weniger Kanaan, dann muss die evangelische Kirche aus diesem Ägypten und aus diesem Kanaan ausziehen, das heißt: sich ihm diametral entgegenstellen.

Schlussfolgerungen

Erstens: Wir sind die Kinder derer, an die diese Verheissungen ergingen, Kinder der Propheten und der Apostel, Teilhaber ihrer Weltkritik und ihrer Gesellschaftsvision. Das Wort dieser Verheissung ist für uns, die wir unter den Verhältnissen dieser Weltordnung leben müssen, der Massstab, weil der Gott dieser Verheissungen allein unser Gott ist, niemand und nichts sonst. Dieser Gott und seine Ordnungen (Zebaoth auf Hebräisch!) sind die Alternative. Deshalb können und dürfen wir niemals sagen: «Es gibt keine Alternative.» Eine Kirche, die sich als Religionsgemeinschaft versteht und neben anderen Religionsunternehmen religiöse Dienstleistungen anbietet, mag sagen: «Es gibt keine Alternative.» Sie ist dann aber keine evangelische Kirche mehr, sondern nur noch Haus in Ägypten. Evangelisch ist die Kirche, wenn an vielen Orten Ge-

meinden ernsthaft versuchen, nach dem Gebot Gottes zu leben, und sich ernsthaft auf das eine Wort des einen Gottes einlassen. Es gibt sie also: die evangelische Kirche in Deutschland. Aber die Worte, die wir aus dem Munde der leitenden Funktionäre der Kirche vernehmen, zeigen, dass sie ihre Kirche als marktgängige Anbieterin religiöser Dienstleistungen sehen, nicht als evangelische Kirche, sondern als liberales, kulturprotestantisches Unternehmen, auch wenn sie sagen: «Die Kirche ist kein Unternehmen» (107). Die Kirche nicht, die EKD inzwischen sehr wohl.

Zweitens: Die Evangelische Kirche in Deutschland wird immer mehr von Beweggründen geleitet, die dem Evangelium fremd sind. Damit hat sie sich vom Barmer Bekenntnis entfernt, sie nimmt das «Leitbild der sozialen Marktwirtschaft» (118), den bürgerlichen Liberalismus, neben dem einen Wort Gottes als Orientierung für ihr Reden und Handeln und verwirft nicht länger »die falsche Lehre, als dürfte die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder den jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen« (Barmen, These III). Die Denkschrift ist daher, theologisch gesprochen, eine Irrlehre. Nach allem, was der evangelischen Kirche in den Dreissigerjahren des 20. Jahrhunderts widerfahren ist, scheint es uns heute dringend notwendig, zur Tradition der Theologie der Bekennenden Kirche zurückzukehren und eine neue Bekenntnisbewegung in Gang zu setzen. Die evangelische Kirche muss wieder zur bekennenden Kirche werden und sie muss den fatalen Weg der liberalen Theologie und des Kulturprotestantismus, ihrer ägyptischen Behausung, verlassen. Bleibt sie auf dem Weg Ägyptens und auf dem Weg Kanaans, bringt sie die Einheit der Kirche in grosse Gefahr. ●